E 21241

Verwaltung & Management

Zeitschrift für moderne Verwaltung

Öffentliche Aufgaben ▪ E-Government ▪ Finanzen und Rechnungswesen ▪ Führung und Strategie ▪ Public Governance ▪ Organisation ▪ Personalmanagement

Aus dem Inhalt

Jens Geißler
Die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung jenseits von Digitalisierung und Automatisierung

Bettina Klimke-Stripf/Michèle Morner
Parteiproporz statt Kompetenz?

Marie Bergmann/Inga Schedler
Cybersicherheit in der Buchhaltung

Bernd W. Wirtz/Daniel Schmitt
Mobile Government: Umsetzung und Entwicklungsperspektiven

www.verwaltung-management.de

1 | 2018
Januar | Februar

Nomos

Inhalt

Auf ein Wort... 2

Die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung jenseits von Digitalisierung und Automatisierung 3

Jens Geißler

Viele gesetzliche Krankenkassen führen im Moment Projekte zur Digitalisierung und Automatisierung von Prozessen durch. Weitere Veränderungen sind bereits absehbar wie die Einführung elektronischer Patientenakten durch einzelne Kassen. Künstliche Intelligenz fängt an, den Ärzten Konkurrenz zu machen. Für die Krankenkassen sind diese neuen Möglichkeiten Herausforderung und Risiko zugleich. Wer sie schneller und besser als die Konkurrenz nutzt, der kann Versicherte an sich binden und gleichzeitig Effizienzreserven heben. Die Arbeit stellt aktuelle technische Entwicklungen vor und diskutiert ihre möglichen Auswirkungen auf die gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Die Krankenkassen müssen sich jetzt intensiv mit diesen Möglichkeiten und Herausforderungen beschäftigen. Sie müssen Innovationsstrategien entwickeln, die Mitarbeiterressourcen umbauen und den IT-Betrieb professionalisieren. Ohne diese Voraussetzungen wird es ihnen dauerhaft nicht gelingen, die veränderten Erwartungen der Kunden zu erfüllen.

Parteiproporz statt Kompetenz? 17

Bettina Klimke-Stripf/Michèle Morner

Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen stehen in der Kritik, nicht immer optimal besetzt zu sein. Ist dies tatsächlich der Fall, können sie die Geschäftsführung nicht adäquat kontrollieren und beraten. Mindestanforderungen dafür sind gemäß Aufsichtsratsforschung die Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder, ihre fachliche Expertise und zeitliche Verfügbarkeit sowie ihr Engagement bzw. ihre Motivation. Der folgende Beitrag zeigt diese Mindestanforderungen auf und untersucht in einer qualitativen Studie, inwieweit diese bei der Aufsichtsratsbesetzung in Beteiligungsunternehmen berücksichtigt werden. Dabei zeigt sich, dass politische Fraktionen in den von uns untersuchten Fällen bei der Auswahl ihrer Mandatsträger einer anderen Besetzungslogik folgen und die oben genannten Anforderungen nicht notwendigerweise entscheidende Auswahlkriterien sind. Stattdessen scheinen insbesondere das politische Engagement der Kandidaten und ihre politische Zugehörigkeit sowie ihre Erfahrung, ihre Vernetzung und ihr Rückhalt in der Bevölkerung und der Fraktion den Auswahlprozess zu dominieren. Basierend auf qualitativen Interviews mit Beteiligungsmanagern entwickeln wir Hypothesen dazu, wie die Städte die Aufsichtsratsbesetzung professioneller gestalten können.

Cybersicherheit in der Buchhaltung 27

Marie Bergmann/Inga Schedler

Behörden nutzen in der Regel eigene IT-Systeme, um Haushaltsmittel des Bundes zu verwalten und Zahlungen anzuordnen. Der Bundesrechnungshof prüft neben dem Rechnungsabschluss des Bundes auch den ordnungsmäßigen Einsatz dieser IT-Systeme. Regelmäßig deckt er hierbei Mängel auf. Diese sind teilweise technisch und teilweise organisatorisch begründet. Wenn sich die Bundesverwaltung den Herausforderungen der Digitalisierung stellt, kann sie die Risiken beim Betrieb der IT-Systeme jedoch auf ein vertretbares Maß begrenzen.

Mobile Government: Umsetzung und Entwicklungsperspektiven 33

Bernd W. Wirtz/Daniel Schmitt

Das mobile Internet und die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft stellt für die öffentliche Verwaltung eine besondere Herausforderung dar, ihre Services in einem neuen Kontext anzubieten. Die überwiegende Mehrheit der Mobile-Government-Angebote ist aktuell von einem einseitigen Bereitstellen von Informationen durch die öffentliche Verwaltung gekennzeichnet. Dies steht im Gegensatz zu den mobilen Interaktions- und Transaktionsbedürfnissen der Bürger. Auch vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung ist die Umsetzung der Mobile-Government-Entwicklung in Deutschland noch nicht sehr weit fortgeschritten. Die Studie zeigt den Stand und die Entwicklungsperspektiven der Verwaltung hinsichtlich ihrer Angebote bei der mobilen Internutzung auf.

E-Voting-Potenziale im baltischen, deutschsprachigen und skandinavischen Raum 42

Markus Reiners

Estland wählt seit dem Jahr 2005 seine Volksvertreter über das Internet und steht damit unangefochten an der Spitze einer digitalen Revolution. Interessant sind die Entwicklungen – im Kontext der Dynamiken anderer Länder (wie z.B. Kanada und Lettland) in weiteren europäischen Staaten und die Frage, ob die dortigen Bemühungen „zukunftsträchtig“ sind. Die Länderauswahl ist ganz wesentlich an der verfügbaren und einigermaßen verwertbaren Datenlage orientiert und die Studie als explorativ zu werten. Die Schweiz scheint sich in Europa als erster Verfolger von Estland aufgemacht zu haben. Hier kann schon in naher Zukunft von einer flächendeckenden Implementation ausgegangen werden. In Deutschland, Österreich und Norwegen sind die Bemühungen zwar ambitioniert, die Konzepte aber weniger ausgereift und derzeit nicht umsetzbar. Die Ergebnisse lassen eine Klassifizierung anhand wesentlicher Faktoren zu, die für ein erfolgreiches e-Voting verantwortlich erscheinen.

Bürokratie-Axiome – Ein transdisziplinärer Link zwischen Verwaltungswissenschaft und Naturwissenschaft 53

Dieter Schumacher

Die von Professor Klaus Lenk angemahnte transdisziplinäre Öffnung der Verwaltungswissenschaften muss nicht auf Geisteswissenschaften beschränkt sein. Am Beispiel des ubiquitären Phänomens Bürokratie wird gezeigt, dass auch die Naturwissenschaften Beiträge zu einem besseren Verständnis der Verwaltungsstrukturen und -prozesse leisten können. Die Verknüpfung erfolgt – als Metapher – durch Darstellung von Verwaltungen in einem Käfigmodell und nachfolgende Bildung von Axiomen. Die gewonnenen Leitsätze sind sowohl für die Verwaltungswissenschaft als auch für die praktische Handlungsebene anregend.

Mitteilungen 56

Impressum 56